

sehen Vaterland. Darin sehen sie den geschichtlichen Auftrag der gesamten deutschen Arbeiterklasse.

Im Bewußtsein ihrer Verpflichtung vor der deutschen Arbeiterbewegung erklären das Zentralkomitee der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands und das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Deutschlands:

An der Haltung zum Verbot der KPD scheiden sich die Geister. Wer mit der atomaren Bewaffnung der Bundeswehr Kurs auf den Krieg nimmt, der züchtet Neonazismus und Revanchismus und will die Aufrechterhaltung des Verbots der KPD. Wer eine neue, den Interessen der westdeutschen Bevölkerung und den Belangen der Nation verpflichtete deutsche Politik in der Bundesrepublik erstrebt, der muß, ungeachtet der parteipolitischen und weltanschaulichen Auffassung, im Interesse des Friedens und der Demokratie, der Bewältigung der Vergangenheit, des sozialen Fortschritts und der nationalen Zukunft für die Legalität der Kommunistischen Partei Deutschlands eintreten.

*Mit einer legalen KPD wird der Friede stärker*

Die Aufhebung des Verbots der KPD wäre ein entscheidender Schritt, um das Selbstbestimmungsrecht der westdeutschen Bevölkerung zu wahren und ihre Entscheidung gegen die atomare Aufrüstung in jeder Form, für eine selbständige Abrüstungsinitiative der Bundesrepublik zur Geltung zu bringen. Denn die KPD ist in Westdeutschland die entschiedenste Kraft gegen den Drang der Hitlergenerale nach Atomwaffen, gegen den Ungeist des Militarismus und der Revanche.

Die KPD unternimmt bereits in der Illegalität die größten Anstrengungen, um die Arbeiterklasse und alle friedwilligen Menschen für die tatkräftige Verteidigung des Friedens und der Sicherheit, für die Einstellung des Wettrüstens und für die Abrüstung zu gewinnen. Die Wiederherstellung der Legalität der KPD würde den Widerstand gegen die neofaschistischen und militaristischen Abenteurer stärken, die in der Bundeswehr die Jugend im Geist von gestern an die Waffen von morgen zwingen, einen Bruderkrieg gegen die DDR auslösen und unser Volk in die Vernichtung des Atomkrieges treiben wollen. Darum ist die Legalität der KPD ein unabdingbarer Bestandteil des Rechts auf demokratische Selbstbestimmung des Volkes, ein Gebot der Selbsterhaltung für jeden Bürger der Bundesrepublik.